Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 12 | Freitag, den 16. Januar 1931 | Jahrgang 103

Die englisch-französische Taktik in Genf

Die Revisionsfrage darf auf keinen Fall aufgerollt werden

TU. Genf, 16. Jan. Reichsaußenminister Dr. Curtius und die Herren der deutschen Abordnung sind am Donnerstag mittag zu der Tagung des Europäischen Ausschusses in Genf eingetroffen. Nach den bisher getroffenen Dispositionen werden die Verhandlungen im Völkerbundsrat über die deutschen Beschwerden gegen Polen am nächsten Dienstag beginnen. Man erwartet, daß die Verhandlungen durch eine große Rede des Reichsaußenministers Curtius eingeleitet werden, in der der Standpunkt der deutschen Regierung zu den Vorgängen in Oberschlesien dargelegt und entsprechend den Bestimmungen des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die Vorgänge in Oberschlesien gelenkt wird. Im Anschluß hieran wird die Antwortrede des polnischen Außenministers Zaleski erwartet, die im wesentlichen der bereits veröffentlichten polnischen Note entsprechen dürfte. Die Verhandlungen über die oberschlesischen Fragen werden dann für einige Tage unterbrochen werden. In der Zwischenzeit werden die üblichen vertraulichen Verhandlungen zwischen den einzelnen Abordnungen stattfinden, in denen versucht werden wird, die endgültige Entscheidung zu klären und vorzubereiten. Erst in diesen Verhandlungen dürfte sich zeigen, wie weit die Stellungnahme des Völkerbundsrates den deutschen Forderungen und Wünschen entspricht.

Vom deutschen Standpunkt aus scheint es unbedingt erforderlich zu sein, daß der Völkerbundsrat zunächst grundsätzlich die Verantwortung der polnischen Regierung für die Vorgänge in Oberschlesien feststellt und hierbei seine Mißbilligung ausspricht. Der Vorschlag zur Bildung einer Untersuchungskommission steht nach wie vor im Vordergrund, jedoch gehen die Auffassungen über die Art der Bildung dieses Ausschusses weit auseinander. Es verlautet, daß die polnische Regierung vorschlagen werde, eine aus polnischen Beamten zusammengesetzte Untersuchungskommission zu bilden, ein Vorschlag, der auf deutscher Seite selbstverständlich sofort abgelehnt werden wird. Nach hiesiger deutscher Auffassung könnte lediglich eine Untersuchungskommission in Frage kommen, die aus neutralen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist und unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder steht.

Henderson und Briand sind einig.

Nach der Pariser Unterredung zwischen Briand und Henderson wurde offiziell erklärt, daß diese Unterredung im Geiste größter Freundschaftlichkeit die Gesamtheit der Probleme geprüft habe, die die beiden Völker interessierten. Man erfährt, daß im Mittelpunkt der Besprechung zwischen den beiden Außenministern die bevorstehende Genfer Konferenz und die französisch-englischen Finanzverhandlungen standen, und daß auch diese Besprechung die neuerliche politische und finanzielle Annäherung, die sich in den letzten Wochen zwischen England und Frankreich vorbereitete, verstärkt habe.

In der deutsch-polnischen Frage werden sich Frankreich und England, so wird wenigstens behauptet, auf den Standpunkt striktester Neutralität stellen. Es sei im allgemeinen Interesse, daß in Genf sowohl die deutschen wie auch die polnischen Vertreter in weitestem Ausmaße ihre Meinung darstellen könnten. Man sieht aber schon heute, daß der Völkerbundsrat ängstlich besorgt sein wird, zu verhüten, daß anläßlich dieser deutsch-polnischen Auseinandersetzungen die Revisionsfrage aufgerollt werde. Diesbezüglich scheinen sich Briand und Henderson ganz besonders einig zu sein. Die beiden Minister sind gestern gemeinsam nach Genf gereist.

*

Englische Belehrungen über die Abrüstung

TU. London, 16. Jan. Es kann als sicher angenommen werden, daß Henderson die Gelegenheit der Erörterung der Präsidentenwahl zur Abrüstungskonferenz, sowie die Festsetzung des Datums der Konferenz dazu benutzen wird, um das Abrüstungsproblem in weitem Rahmen und im Zusammenhang hiermit die politischen Entwicklungen in Europa mit den übrigen Mitgliedern des Völkerbundsrates zu besprechen. Die verschiedenen Standpunkte, die von den einzelnen Nationen zu den technischen Einzelfragen eingenommen würden, geben ihm Gelegenheit, die Ansichten gewisser Staaten zu korrigieren. Diese Anspielung erstreckt sich zweifellos auf Deutschland, und die englische Politik würde es nicht verfehlen, falls notwendig, den „Wink mit dem Zaunpfahl" zu geben. Sie wird daran festhalten, daß das von Lord Cecil befürwortete Protokoll die Unterlage der Abrüstungskonferenz abgeben solle. Sie wird sich aber mit den Ansichten, die Lord Cecil nach seiner Rückkehr von Genf als Privatmann ausgesprochen hat, nicht unbedingt identifizieren, was besonders hinsichtlich der von Lord Cecil gewünschten englischen Garantien gilt. Deutschland wird jedenfalls im Augenblick nicht mit einer Unterstützung Englands bei der Verfolgung seiner Ziele rechnen dürfen.

Die Sowjetregierung für Berlin oder Stockholm als Abrüstungskonferenzort.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sieht die sowjetrussische Regierung Berlin als besten Tagungsort für die Abrüstungskonferenz an. Sollte Frankreich Berlin als Konferenzort ablehnen, so würde die Sowjetregierung vorschlagen, die Konferenz nach Stockholm zu verlegen. Auf alle Fälle werde sie einen Konferenzort in einem Lande, mit dem Sowjetrußland keine diplomatischen Beziehungen unterhalte, ablehnen.

Tages-Spiegel

Die deutsche Delegation mit Dr. Curtius ist am Donnerstag mittag in Genf eingetroffen. Im deutsch-polnischen Streitfall werden sich Briand und Henderson neutral verhalten, keinenfalls aber eine Aufrollung der Revisionsfrage zulassen.

*

In London werden jetzt die in Paris begonnenen englisch-französischen Finanzverhandlungen fortgesetzt; man erwartet von ihnen eine engere Bindung zwischen beiden Staaten.

*

Polen plant in den Grenzgebieten den Bau strategischer Straßen; die Regierung hat hiefür 400 Millionen Zloty vorgesehen.

*

Das italienische Transatlantikgeschwader hat die letzte Flugetappe zurückgelegt und ist in Rio de Janeiro eingetroffen.

Aussprache über den Reichshaushalt

Klärung eines Mißverständnisses: Das Haushaltsdefizit 1930 beträgt 100 Millionen

TU. Berlin, 16. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag die Aussprache über die finanzpolitische Lage fortgesetzt. Zunächst nahm für die DVP. Dr. Cremer das Wort. Er erklärte, die Ministerrede habe seine politischen Freunde überrascht. Eine Schilderung der Finanzlage könne doch nicht an den außenpolitischen Forderungen vorbeigehen, die eine große Mehrheit des deutschen Volkes erhebe. Der Minister habe die Bedenken nicht zerstreuen können, daß man in Zukunft durch Steuerausfälle vor neue Entscheidungen gestellt werden könne. Die Lohn- und Preissenkung der Reichsregierung haben den erhofften Erfolg nicht gehabt. Dr. Cremer verlangte vor allem eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftskrise bei Aufstellung des neuen Haushaltsplanes, und zwar sollte der Ausgleich nicht durch Besoldungskürzung und neue Steuern, sondern nur durch weitere energische Ausgabenkürzung erreicht werden. Die Deutsche Volkspartei werde ihre Mitarbeit am Haushalte abhängig machen von der Vorlegung eines entsprechenden Programms vor Beratung des Haushaltes im Reichstage selbst.

Der Zentrumsredner, Abg. Dr. Köhler, sprach der Finanzverwaltung seine Anerkennung für die Abwicklung des ungeheuer schwierigen Haushalts 1930 aus. Allerdings sei das nur durch Aufzehrung erheblicher Vermögensteile möglich gewesen. Die Lage der Gemeinden sei dadurch furchtbar geworden. Die für sie vielfach bestellten Staatskommissare hätten sich nicht überall als Sparkommissare erwiesen. Dr. Köhler betonte, daß Steuererhöhungen selbstverständlich nicht mehr vorgenommen werden dürften, weder bei der Umsatzsteuer noch bei der Treibstoffabgabe; ebenso dürften weitere Abstriche von den Beamtengehältern nicht möglich und politisch nicht erträglich sein. Das Tabakgewerbe dürfe keinesfalls durch neue steuerliche oder Zollmaßnahmen beunruhigt werden. Ebenso sei vor einer allgemeinen Subventionspolitik zu warnen.

Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding erklärte, der Fehlbetrag im neuen Haushalt werde sich etwa in Höhe von 1200 Millionen bewegen und nicht nur wie veranschlagt 900 Millionen betragen. Dabei würden die Länder und Gemeinden einen Ausfall von 400 Millionen und die Knappschaften einen solchen von 125 Millionen haben, sodaß besonders die Knappschaften in einer schwierigen Lage seien. Es sei auch fraglich, ob die Gemeinden den für 1931 zu erwartenden großen Ausfall ertragen könnten, zumal mit einem Rückgang der Gemeindesteuern von etwa 10 Prozent zu rechnen sei. Die Zahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen werde voraussichtlich im April 750 000 bis 800 000 betragen. Man werde wohl nicht umhin können, einen Teil der Wohlfahrtslasten den Gemeinden abzunehmen und auf Reich und Länder zu verteilen.

Für die Bayerische Volkspartei sprach Dr. Schlittenbauer, der betonte, daß das Reich solange nicht finanziell gesunden werde, als es sich selbst mit der Verpflichtung belaste, den Finanzvormund für die Länder und Gemeinden zu spielen.

Reichsfinanzminister Dietrich

bedauerte, daß seine einleitende Rede in der Presse verschiedentlich wieder mit irreführenden Schlagworten wiedergegeben worden sei. Die Angelegenheiten des Reichshaushaltes dürften im Interesse der Volkswirtschaft nicht sensationell behandelt, sondern müßten objektiv angesehen werden. Niemand habe die Entwicklung der Dinge in der Hand. Sicher sei nur, daß der heutige Stand nicht ewig bleiben könne. Es frage sich nur, ob wir uns noch auf dem Wege zum Tiefpunkt befänden oder ihn bereits erreicht hätten. Jedenfalls sei ein vernünftiger gemäßigter Optimismus geeignet, an der Ueberwindung der Schwierigkeiten mitzuhelfen. Auch die Sicherung der Finanzlage der Gemeinden werde Sorge der Reichsregierung bleiben. In erster Linie hätten dafür aber die Länder zu sorgen, und wenn diese in Ausnahmefällen nicht helfen könnten und später einmal eine Reichshilfe in Frage kommen sollte, so müßten die Gemeinden zuvor alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft haben. Jede weitere Erhöhung der Realsteuern müsse vermieden werden. Die Besoldung der Gemeindebeamten sei vielfach bedenklich. Die mitunter in der Privatwirtschaft gezahlten Spitzengehälter seien, was er mit aller Entschiedenheit betonen wolle, mit der Wirtschaftsnot nicht zu vereinbaren. Angesichts der starken Einsparungen im neuen Haushalt sehe er zunächst keine Möglichkeit, weitere 300 Millionen abzudecken, wie es die DVP. verlange. Jedenfalls werde er bei weiteren Abstrichen gerne mitwirken.

Minister Dietrich teilte mit, daß von der 400-Millionen Young-Anleihe die Reichsbahn 240 und die Post 160 Millionen erhalten habe. Der Hugenbergsche Plan einer 15prozentigen Reparationsabgabe stehe im Widerspruch zu der ganzen deutschen Handelsvertragspolitik und sei technisch nicht durchführbar.

Der Zentrumsabgeordnete Ersing bedauerte gleichfalls, daß in einem Teil der Presse die Rede des Finanzministers vielfach so dargestellt worden sei, als ob wirklich ein neuer Fehlbetrag von einer Milliarde bestehe, was nicht zutreffe. (Die Verschlechterung der Finanzlage in 1930 macht etwa 100 Millionen aus.) Er verlangte von der Regierung eine Klarstellung der tatsächlichen Kostenverhältnisse der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, über die vielfach unrichtige Ansichten herrschten.

Erdbebenkatastrophe in Mexiko

TU. Neuyork, 16. Jan. Ein Erdbeben von zwei Minuten Dauer versetzte die Bevölkerung von Mexiko-Stadt in großen Schrecken, Tausende von Einwohnern stürzten auf die Straßen, die einige Zeit in Dunkel gehüllt waren, da die Stadtverwaltung den Strom ausschalten ließ, um den Ausbruch von Feuer zu verhindern. In zwei Stadtteilen sind Brände ausgebrochen, durch die über 50 Häuser völlig zerstört wurden. Das Erdbeben selbst hat nach den bisherigen Meldungen einen Toten und 25 Verletzte gefordert. Das Beben ist auf große Entfernungen hin fühlbar gewesen; es war das stärkste seit 1911.

Neuere Meldungen aus dem Erdbebengebiet in Mexiko berichten, daß neue schwere Erdstöße die Stadt Oyxaca am Donnerstag früh heimsuchten. Eine Riesenpanik brach unter der Bevölkerung aus. Die Stadt wurde fast völlig zerstört. In Telegrammen an die Regierung in Mexiko-Stadt wird erklärt, daß bisher über 30 Tote gezählt wurden.

Einigung auf der Indienkonferenz

TU. London, 16. Jan. Die englisch-indische Konferenz, die am Donnerstag zu einer Vollsitzung zusammentrat, stimmte grundsätzlich dem neuen Verfassungsentwurf für Allindien zu. Der Lordkanzler, Lord Sankey, legte unter dem Beifall der Anwesenden die Grundzüge der Verfassung dar. Macdonald forderte in einer Ansprache auf, die neue Verfassung weiter zu entwickeln, so daß sie sich zu dem großen Baume auswachsen könne, in dessen Schatten die Söhne und Töchter Indiens ruhen und den langersehnten Frieden genießen könnten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

„Wirtschaftspolitische Zeitfragen"

Eine Rede des preußischen Handelsministers.

In Berlin sprach der preußische Handelsminister Schreiber vor dem Verband Deutscher Staatsbürgerinnen über „Wirtschaftspolitische Zeitfragen". U. a. führte er aus, daß die Weltwirtschaftskrise sich aus den Störungen erkläre, die die Friedensverträge besonders für Europa gebracht hätten. Sie erkläre sich auch daraus, daß die volksreichsten Länder der Welt, Rußland, China und Indien, in der Entwicklung ihres Anteils an der Weltwirtschaft weit zurückgeblieben seien. Die Arbeitslosigkeit lasse sich mit künstlichen Mitteln und auch durch Arbeitsbeschaffung im großen nicht wirksam bekämpfen, denn Arbeitsbeschaffung bedeute Kapitalbeschaffung. Kapital fehle aber der deutschen Wirtschaft. Eine vermehrte Kapitalbeschaffung würde den Zins nur weiter erhöhen und so die Wirtschaft schädigen, daß am Ende nach vorübergehender Erleichterung nur eine stärkere Arbeitslosigkeit die Folge wäre.

Der Minister kam dann auf das preußische Arbeitsbeschaffungsprogramm zu sprechen. Er betonte, daß das Festhalten der 14jährigen in den Schulen und die Nichtzulassung ausländischer Saisonarbeiter etwa 220 000 deutschen Arbeitskräften zusätzliche Beschäftigung geben würde. Auch eine vorübergehende radikale Einschränkung der Auslandsreisen, durch die jährlich über 260 Millionen Mark deutsche Gelder ins Ausland gingen, würde etwa 100 000 Arbeitslosen im Jahr zusätzliche Beschäftigung geben können. Eine durchgreifende Hilfe gegenüber der Wirtschaftskrise sei nur in einer Preissenkung auf der ganzen Linie zu erblicken, durch die ein Ausgleich der Kaufkraftminderung herbeigeführt werde. In einem kapitalarmen und an Arbeitskraft reichen Lande wie Deutschland sei es falsch, viel Kapital und wenig Arbeitskraft zu verwenden.

Die Rationalisierung sei vielfach übertrieben worden und habe zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Es wäre besser gewesen, die Rationalisierung sich in einer Senkung des Preisniveaus statt in einer nominellen Steigerung der Löhne auswirken zu lassen. Der Antrag, einen Höchstzins von 4 Prozent zu bestimmen, sei völlig undurchführbar. Befreiung von der Zinsknechtschaft könne man nur erreichen durch eine Politik, die den Geldgebern des In- und Auslandes Vertrauen in die Beständigkeit der deutschen Verhältnisse einflöße. Die Ordnung der Finanzen sei Voraussetzung zur Aufwerfung der Reparationsfrage. Es sei falsch, dem Youngplan die Schuld an unseren Notzuständen zu geben, während diese der Tributsverpflichtung überhaupt zukomme. Der Youngplan könne selbstverständlich nur eine Etappe zu einer Regelung sein, die wirklich der Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Vernunft entspreche. Es sei unmöglich, daß ein Volk dauernd ohne Gegenwert Milliardenbeträge an andere Völker überweise.

Einigung im Arbeitszeitstreit bei der Reichsbahn

TU. Berlin, 15. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Im Tarifstreit über die Arbeitszeit bei der Reichsbahn ist im Reichsarbeitsministerium am Mittwoch eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande gekommen. Auch der Hauptstreitpunkt, der die Sonntagsarbeit wichtiger Arbeitergruppen betraf, ist durch Vereinbarung geregelt worden. Künftig wird für die Sonntagsarbeit ein besonderer Zuschlag bezahlt werden.

Zwischenfall in Danzig

Danziger Eisenbahner tötet einen polnischen Beamten.

TU. Danzig, 15. Jan. Auf dem Danziger Eisenbahnbauamt, das von polnischen Eisenbahnbeamten verwaltet wird, geriet der Danziger Eisenbahner Gengerski mit dem polnischen Büroarbeiter Styrbicki in Streit, in dessen Verlauf der Pole die Worte gebrauchte: „Euch deutschen Hunden werden wir das schon anstreichen!" Gengerski griff zum Messer und brachte dem polnischen Beamten einen Stich in die Lunge bei, an dessen Folgen er verstarb.

In Danziger Eisenbahnerkreisen betrachtet man den Vorfall als eine Folge des Verhaltens der Polen gegenüber den Danziger Eisenbahnarbeitern. Gengerski gehörte zu den Arbeitern, die von der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig nicht den zuständigen tariflichen Lohn erhalten. Die polnische Staatsbahndirektion wurde seinerzeit zur Zahlung verurteilt. Die Arbeiter müssen jedoch täglich erleben, daß die polnische Staatsbahndirektion unter allerlei Ausflüchten die Zahlung des Restlohnes hinausschiebt, und zwar in einer Form, die bei den Arbeitern böses Blut macht. Der Getötete war wegen seines verletzenden Verhaltens bei den Danziger Eisenbahnern besonders bekannt. Gengerski gab bei seiner Vernehmung an, daß er von Styrbicki provozierend behandelt worden sei. Arbeitslos und in Not habe er den Restlohn dringend gebraucht und in seiner Empörung zum Messer gegriffen, als Styrbicki ihn wiederum mit seiner Forderung abwies und dabei die beleidigenden Worte fallen ließ.

Deutsches Gotteshaus als polnischer Tanzsaal

TU. Danzig, 15. Jan. In dem Dorfe Tinnwalde bei Löbau (Pommerellen) befindet sich ein evangelisches Bethaus, in dem seit geraumer Zeit kein Gottesdienst mehr abgehalten werden kann, da der Pfarrer von Löbau aus Polen ausgewiesen wurde. Nachdem der polnische Gemeindevorsteher des Orts Tinnwalde am 4. Januar einem deutschen Landwirt, der die Schlüssel zum Bethaus verwahrte, in Begleitung eines Polizisten die Schlüssel abgenommen hatte, mußten am Sonntag die noch immer zahlreichen deutsch-evangelischen Bewohner des Orts mit ansehen, wie in ihrem Bethaus ein polnisches Tanzfest abgehalten wurde. Dabei wurden die Scheiben des Bethauses eingeschlagen die Bilder von den Wänden gerissen und auf einem Lutherbild die Augen ausgestochen.

Der deutsch-polnische Konflikt

Zur Eröffnung der Völkerbundstagung am 19. Januar 1931

Von Edouard Herriot, ehemaligem französischem Ministerpräsidenten.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Oft genug ertönt der Ruf der deutschen Oeffentlichkeit nach energischerem Auftreten den Polen gegenüber. In diesem Zusammenhang gewinnt nachstehender „La Depeche"-Artikel des bekannten französischen Politikers besondere Bedeutung.

Von allen augenblicklich schwebenden außenpolitischen Fraden ist die der Vorbereitung der Genfer Tagung vom 19. Januar die schwierigste. Denn zweifellos werden sich dann Deutschland und Polen als Gegner gegenüberstehen. Die latente Feindschaft beider Länder, die aber jeden Augenblick zum offenen Kampfe führen kann, bedroht den Frieden.

Man hat sicher die Rede des Ministers Treviranus noch nicht vergessen, der die Revision der Ostgrenzen des Reiches forderte. Die letzten polnischen Wahlen, die den Widerstand der verschiedenen Parteien gegen jede Veränderung bestätigten, haben den gegenseitigen Haß der beiden Nachbarvölker nur gesteigert. Die deutschen Oberschlesier haben sich in Berlin über die gewalttätigen Methoden beschwert, die Pilsudski gegen sie anwandte, und hier muß es offen gesagt werden: Ganz Deutschland erklärte sich mit den Oberschlesiern solidarisch. Die Beschwerde ist an den Völkerbund weitergeleitet worden.

Dieser Zwischenfall muß uns mit Sorge erfüllen, um so mehr, da er sich in dem Augenblick zuträgt, da Ungarn Annäherung an Deutschland und an Oesterreich sucht und da die Wirtschaft Europas Störungen unterworfen ist. Deutschland rührt sich. Die politische Mehrheit, auf die sich das Kabinett stützt, neigt sich immer mehr nach rechts. Annäherungen zwischen Nationalsozialisten und Volksparteilern sind im Gange. General von Seeckt ermuntert nach Möglichkeit eine Partei, die von jetzt ab außerordentlich mächtig ist und stark auf die Jugend einwirkt. Die Reichskanzlei scheint außerstande zu sein, diesen Ansprüchen Widerstand entgegenzusetzen.

Meine Korrespondenten in Deutschland melden mir, daß die Unzufriedenheit immer mehr zunimmt und daß der Feldzug gegen die Schuldenzahlung oder selbst gegen die Verantwortlichkeit am Kriege sich weiter entwickelt. Wir (die Franzosen, Anm. d. Schriftl.) dürfen die Augen nicht davor schließen: Die Revision des Versailler Vertrages, die Rückkehr der Kolonien und der annektierten Gebiete — außer Elsaß-Lothringen — in den Schoß des Mutterlandes sind Dinge, von denen alle Deutschen sprechen. Hierbei stoßen wir auf eine merkwürdige Tatsache: Diese geschlossene Einstellung scheint eine gewisse Sympathie Frankreich gegenüber nicht auszuschließen. Man wünscht mit dem Nachbarn auf gutem Fuße zu stehen. Alle Parteien hegen diesen Wunsch mit Ausnahme der Nationalsozialisten. Die Jugend mag vielleicht über die eine oder andere Einzelheit des nationalen Programms geteilter Ansicht sein. Vollkommen der Meinung ist sie aber, wenn es sich um den berüchtigten polnischen Korridor handelt. Der einfachste Arbeiter, der schlimmste Kommunist und natürlich auch alle Militaristen sind sich über diesen Punkt einig.

Die Demonstranten weisen laut auf die polnischen Schikanen hin; durch das Elend aufgepeitscht, durch die Arbeitslosigkeit gequält, ja manchmal sogar unter richtigem Hunger leidend, machen alle diese Deutschen die Kriegsschulden und die Verkleinerung ihres Vaterlandes für eine Krise verantwortlich, deren Gründe anderweitig zu suchen sind. Der Haß zwischen Polen und Deutschland ist augenblicklich ohne Grenzen und ohne Rücksichten. Diese Lage erscheint umso ernster, als Rußland seinerseits wacht und droht und Polen, wenn es einmal angegriffen werden sollte, sicher die Hilfe Frankreichs anrufen würde. Die Haltung Italiens ist, wie man weiß, für Frankreich nicht gerade beruhigend. Was Großbritannien anbetrifft, das oft mäßigend auf Europa einwirken konnte, so sieht man ja, mit welchen außerordentlichen Schwierigkeiten es selbst zu kämpfen hat.

Zu Beginn des Jahres 1931 erscheint demnach die außenpolitische Lage recht trübe. Niemals kam es in Frankreich mehr als heute auf die Wachsamkeit und kluge Aktivität der Politik und Diplomatie an. Ich glaube nicht, daß die Mehrheit im deutschen Volke es irgendwie auf uns abgesehen hat. Aber 1914 zeigte uns der Krieg, wie allgemein ein Konflikt werden konnte, der in Serbien oder besser gesagt in Bosnien entstand. Man muß diejenigen bedauern, welche die Gefahren nicht erkennen. Ein Sturm aus dem Osten könnte alle unsere noch unvollendeten Bauten hinwegfegen. Fügen wir zu den verschiedenen Veranlassungen für unsere Bedenken noch die Tatsache hinzu, daß Frankreich augenblicklich der Gegenstand großen, wenn nicht gar allgemeinen Neides ist. Man hält es für zu reich und — trotz der Krise, die es selbst durchmachen muß — für zu glücklich.

Wachsamkeit tut not. Von Deutschland sind Taten zu befürchten, die vom Wahnsinn der Verzweiflung diktiert werden. Es genügt nicht — wie es gemäßigte Blätter tun —, daß man sich weigert, die Probleme zu prüfen, die jetzt vor den Völkerbund gebracht werden. Die Reisen deutscher Minister nach Deutsch-Ostoberschlesien beweisen die Leidenschaft, mit der die Angelegenheit behandelt wird, über die der Völkerbund zu entscheiden haben wird. Wieder einmal werden wir eines jener Minderheitenprobleme aufgeworfen sehen, deren Rückwirkungen oft so tiefgehend sein können.

In Polen selbst scheinen die Schwierigkeiten äußerst ernster Natur zu sein. Ich erhalte eben die Kopie eines Schreibens, das 45 Professoren der Universität Krakau an ihren Kollegen, den Sejmabgeordneten Krzyzanowski, richteten. Es handelt sich hier um die schlechte Behandlung, die ehemaligen Abgeordneten und Senatoren im Gefängnis zu Brest-Litowsk widerfahren sein soll. Angeblich hat der Block der Linksparteien eine Interpellation über diese Frage vorgelegt. Der letzte Wahlfeldzug in Polen zeichnete sich durch ungewöhnliche Heftigkeit aus.

Der Völkerbundsrat wird sich also einer außerordentlich schwierigen Frage gegenüber finden, während er sich zu gleicher Zeit über die Einberufung der Abrüstungskonferenz aussprechen muß. Briands ganze Geschicklichkeit im Manövrieren wird erforderlich sein, um diesen Knoten zu lösen und um die Gefahr zu beschwören, die von dem heute schärfer denn je zum Ausdruck kommenden Konflikt zwischen Deutschland und Polen droht. Im Osten kann es leicht etwas Neues geben.

*

Die Sowjetunion zur Abrüstungskonferenz

Die Botschafter und Gesandten der Sowjetunion haben am Mittwoch allen Regierungen, die zu Sowjetrußland diplomatische Beziehungen unterhalten, eine Note überreicht. Unter Hinweis darauf, daß sich der Völkerbundsrat wahrscheinlich mit der Beratung über die geplante Abrüstungskonferenz befassen werde, wird hervorgehoben, daß der Erfolg der Konferenz von der Gleichberechtigung aller Beteiligten abhänge. Diese Gleichberechtigung sei in der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Bezug auf die Sowjetdelegation nicht eingehalten worden, und zwar hauptsächlich durch das parteiische Vorgehen des Präsidenten der Kommission. Die Sowjetregierung sei gegen die Wahl eines Präsidenten, der einem Lande angehöre, das nicht mit allen an der Konferenz beteiligten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalte. Ferner sei die Sowjetregierung der Ansicht, daß der Präsident nicht einem Lande angehören könne, das eine sich immer mehr entwickelnde Kriegsindustrie unterhalte. Zum Schluß wird betont, daß der Präsident von den sämtlichen Delegierten der Abrüstungskonferenz auf der Grundlage der Gleichberechtigung gewählt werden müsse.

Note der Botschafter-Konferenz an den Völkerbund.

Wie die Times meldet, hat die Botschafterkonferenz in ihrer letzten Sitzung eine Note an den Völkerbund fertiggestellt, der der Schlußbericht der militärischen Sachverständigen, die die deutsche Abrüstung zu überwachen hatten, beiliege. Die Note enthalte keine unerwarteten Forderungen oder Vorbehalte.

*

Für Herabsetzung der Tributlasten

TU. Neuyork, 15. Jan. Der Gouverneur von Maryland, Ritchie, der als aussichtsreichster demokratischer Anwärter für die Präsidentschaftswahl 1932 gilt, sprach sich in Annapolis ernent für eine wohlwollende Behandlung des internationalen Schuldenproblems aus. Er betonte, daß Amerika nicht gedeihen könne, wenn Europa sterbe. Die Herabsetzung der deutschen Tributlasten und der interalliierten Kriegsschulden sei im Interesse des Fortschritts Amerikas notwendig.

Balfour für eine vernünftige Regelung.

TU. London, 15. Jan. Auf einem Frühstück erklärte Balfour, eine baldige vernünftige Regelung des Problems der interalliierten Schulden und der Reparationen sei das dringende Gebot der Stunde. Gewaltige Summen von einem Lande an das andere zu überweisen, ohne entsprechenden Gegenwert zu empfangen, müsse die Währungen und den Handel auf das schwerste gefährden. Das System der Arbeitslosenunterstützung sei auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Eine Wiederbelebung der Eigenverantwortlichkeit und Herabsetzung der Steuern sei notwendig, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Vorwürfe Lloyd Georges gegen Baldwin.

In einem Artikel im „News Chronicle" wiederholt Lloyd George seine Vorwürfe gegen das von Baldwin getroffene englisch-amerikanische Schuldenabkommen, das durch die Aufrollung der Revisionsfrage erneut in den Vordergrund des Interesses getreten ist. Er schreibt, das Abkommen mit England mache es Amerika unmöglich, anderen Staaten weiter entgegenzukommen. Auf Baldwins Voreiligkeit sei ein großer Teil der jetzigen Schwierigkeiten zurückzuführen. Hätte man die interalliierten Schulden an Großbritannien und Englands Anteil an den deutschen Reparationen an Amerika abgetreten, wie es die Balfournote vorgeschlagen habe, so würde die Lage heute viel klarer sein.

Werkspionage in Dessau

TU. Dessau, 15. Jan. Vor einiger Zeit verließ ein Ingenieur aus Dessau seine Stellung bei einer Dessauer Firma, die sich mit dem Bau von Spezialmaschinen befaßte. Er flog von Dessau direkt nach Moskau. Sofort tauchte der Verdacht der Werkspionage für Rußland auf. Vor Weihnachten kam der Ingenieur nach Dessau zurück. Er wurde von der Kriminalpolizei beobachtet, da man glaubte, er würde wichtige Werkzeichnungen derselben Firma an sich nehmen. Am Montag reiste der Ingenieur von Dessau nach Berlin. Am Dienstag erfolgte seine Verhaftung auf dem Bahnhof Friedrichsstraße. Auch sein Gepäck wurde beschlagnahmt. Der Name des betreffenden Werkes wird von der Staatsanwaltschaft geheim gehalten. Es verlautet jedoch, daß es sich um eine Firma handelt, die Zementmaschinen baut.

Das unruhige Indien

TU. London, 15. Jan. Trotz der beruhigenden englischen Mitteilungen scheinen die Unruhen in Burma nicht vollständig unterdrückt zu sein. Aufständische überfielen am Mittwoch das Bahnhofsgebäude von Zebugyonx in dem Bezirk Tharawaddy und töteten den Stationsvorsteher. Die Telegraphendrähte wurden von ihnen durchschnitten.

Ein Anschlag, der offenbar auf den Sonderzug des Vizekönigs beabsichtigt war, brachte am Mittwoch einen Zug auf der Strecke Rangpur-Schanpur der Osteisenbahn in Bengalen zur Entgleisung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Liebelsberg, 15. Jan. Für die Dauer von drei Jahren wurde Landwirt Ulrich Hanselmann in Liebelsberg erneut zum Bezirksvorsitzenden des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes für den Bezirk Calw gewählt; sein Stellvertreter ist Georg Roller in Stammheim.

Nagold, 15. Jan. Schon seit Wochen wurden die Wirtschaften unseres und der benachbarten Bezirke durch Einbrüche beunruhigt. Nun endlich ist es einem Landjäger des Nagolder Kommandos gelungen, die Einbrecher in Gestalt des 20jährigen Schreiners G. R. aus Oberjettingen und seines 25jährigen Liebchens L. D., gebürtig aus Stuttgart, dingfest zu machen. Das Pärchen hat bei der Vernehmung alle die ihm zur Last gelegten Einbrüche zugestanden, ja darüber hinaus solche, von denen man bisher gar nichts wußte, weil sie von den Leidtragenden nicht gemeldet wurden.

Nagold, 15. Jan. Kurz vor 12 Uhr mittags ist der Personenzug 58 Altensteig-Nagold beim Bahnübergang zwischen Nagold Bahnhof und Nagold Stadt auf einen Lastkraftwagen der Reichspost aufgestoßen, der auf der abschüssigen Straße infolge Glatteises ins Schleudern gekommen war und erst kurz vor dem anfahrenden Zuge auf dem Bahnübergang zum Halten gebracht werden konnte. Verletzt wurde niemand. Der Kraftwagen wurde an der Längsseite beschädigt. Die Reisenden konnten nach Umsteigen ihre Fahrt fortsetzen.

Höfen a. Enz, 15. Jan. Gestern abend kurz vor 8 Uhr starb nach halbjährigem Krankenlager der Heimat- und Volksdichter Ludwig Schwarz. Der Verstorbene ist in weiteren Kreisen bekannt geworden durch seine meist humoristisch gehaltenen Mundartgedichte und einen Heimatroman.

Neuenbürg, 15. Jan. Im Gemeinderat führte der Stadtvorstand über die Aussichten des Jahres 1931 u. a. aus: Es wird aller Anstrengungen bedürfen, das Bestehende möglichst zu erhalten und im übrigen wenigstens das Dringlichste auszuführen. Dazu wird gerechnet: die Verbesserung der Verhältnisse in der Haupt- und Wildbaderstraße. Bei dem starken Autoverkehr durch die Stadt ist der Durchgang durch den engen Stadtteil für Fußgänger sehr gefährlich geworden. Das Stadtbauamt hat bereits einen Entwurf über die Erbreiterung der Straße vom Schiff ab auswärts bis zur Einmündung in die Waldrennacher Steige ausgearbeitet.

SCB. **Scharnhausen** OA. Stuttgart, 15. Jan. Bäckermeister Schad feierte am Dienstag Hochzeit. Anstatt das Fest durch Vergnügungen zu begehen, spendete das Brautpaar den hiesigen Armen und Notleidenden ein Mittagessen, was allgemeine Freude auslöste.

SCB. **Stuttgart**, 15. Jan. Der bisherige Kommandeur, Polizeioberstleutnant Seeger, soll die bald freiwerdende Stelle des Landjägerkommandeurs erhalten. An seine Stelle soll Polizeioberstleutnant Gaiser (Ulm) zum Kommandeur des Einzeldienstes beim Polizeipräsidium Stuttgart ernannt werden. Der bisherige Stabsoffizier des Kommandos, Polizeimajor Heid, soll in den bleibenden Ruhestand versetzt werden. Mit Seeger und Heid scheiden zwei Polizeioffiziere aus, mit denen ein Stück Stuttgarter und württembergischer Polizeigeschichte verbunden ist. Schon vor dem Krieg haben sie die damalige städtische Polizei in Stuttgart reorganisiert.

SCB. **Stuttgart**, 15. Jan. In den letzten Tagen beschlossen in Stuttgart die württ. Lederindustriellen, den Schiedsspruch des Schlichters, der eine Lohnherabsetzung von 5,2% (wie in der Metallindustrie) vorsieht, anzunehmen. Beantragt hatten sie eine Lohnherabsetzung von 8 Prozent. Der Lederarbeiterverband lehnte die Lohnherabsetzung von 5,2 Prozent ab. Auf Grund der neuen Notverordnung wird wohl der Spruch des Schiedsrichters in Wirksamkeit gesetzt werden.

SCB. **Stuttgart**, 15. Jan. Der Gemeinderat von Münster nahm den Entwurf eines Vertrages über die Vereinigung von Münster mit Stuttgart an. In dem Eingemeindungsvertrag wird der Grundsatz gleicher Rechte und Pflichten für die Einwohner beider Gemeinden aufgestellt und bestimmt, daß der neue Stadtteil die Bezeichnung Stuttgart-Münster erhält. Die Vereinigung erfolgt auf 1. April 1931. Das Vermögen von Münster geht auf Stuttgart über. Die Stadtgemeinde übernimmt dafür alle Lasten und Verbindlichkeiten Münsters.

SCB. **Stuttgart**, 15. Jan. Seit 2 Jahren wird nun die Frage der Verlegung der Technischen Hochschule erörtert. Der Staat hatte sich auf das Weißenhofgelände festgelegt, das jedoch die Stadt nicht abgeben will, die den Wasen in Vorschlag brachte. Dieser wurde vom Staat als ungeeignet abgelehnt, namentlich im Hinblick auf den schlechten Baugrund und auch mit Rücksicht darauf, daß die Stadt ihren Baukostenbeitrag in Höhe von 1 Million RM. zurückgezogen hatte. So kommt weder der Weißenhof noch das Wasengelände für die Hochschulverlegung in Frage. Zurzeit werden neue Pläne ausgearbeitet. Die Platzfrage wird weiter untersucht und der Staat sucht ein Gelände, bei dem er unabhängig von der Stadt handeln kann.

SCB. **Hohenheim**, 15. Jan. In der vergangenen Nacht verzeichneten die Instrumente der württembergischen Erdbebenwarte ein sehr starkes Fernbeben. Der Herd befindet sich vermutlich in Ostasien. Die errechnete Entfernung beträgt 8000 Kilometer. Die ersten Bebenwellen trafen in Hohenheim um 3 Uhr 4 Minuten 36 Sekunden ein. Zwischen 3.39 Uhr und 3.45 Uhr war die Wellenbewegung am stärksten. Die Aufzeichnung des Bebens dauerte etwa 2½ Stunden.

SCB. **Schönmünzach** OA. Freudenstadt, 16. Jan. Bei der Versteigerung des Hotels zum „Waldhorn" erhielt Frau Amalie Scherer, Hotellerswitwe, zum Höchstgebot von 85 000 Reichsmark den Zuschlag.

SCB. **Alpirsbach**, 15. Jan. Am letzten Mittwoch überfuhr ein Motorradfahrer den auf dem Trottoir gehenden, 52 J. a. verheirateten Hilfsarbeiter Hermann Dierolf von hier, Vater von 9 Kindern. Er wurde schwer verletzt ins Schramberger Krankenhaus verbracht und ist dort gestorben.

SCB. **Vom bayerischen Allgäu**, 15. Jan. Der Revisionsverband des Milchwirtschaftlichen Vereins im Allgäu, der über 300 meist milchwirtschaftliche Genossenschaften umfaßt, hat ein Angebot zur Verschmelzung mit einem mecklenburgischen Revisionsverband angenommen, so daß ein neuer Reichsverband mit Revisionsrecht für das Reich im Entstehen begriffen ist. Das Allgäu behält innerhalb dieses Verbandes durch entsprechende Fassung der Satzung und durch vertragliche Abmachungen seine vollständige Selbständigkeit. Durch die Zusammenarbeit des neuen Verbandes mit der Zentralkreditgenossenschaft deutscher Molkereien in Berlin sollen auch wichtige Absatzmöglichkeiten für die Allgäuer Milchwirtschaft eröffnet werden.

Denkt an die hungernden Vögel!

Turnen und Sport

Handball der Turner.

TV. Calw 1. — TV. Wildberg 1. 3:0 (2:0).
TV. Calw 2. — TV. Nagold 2. 4:2 (2:2).

Nachdem Calw am vorletzten Sonntag in einem schönen Spiel knapp gegen den Tabellenführer des Unteren Gaues gewonnen hatte, war man allgemein gespannt auf das Treffen am letzten Sonntag gegen den Meisterschaftsanwärter des Oberen Gaues Zum Spielverlauf selbst: Wildberg stellt eine körperlich starke Mannschaft ins Feld und drängt am Anfang die ersatzgeschwächte Mannschaft des Turnvereins Calw stark in die Abwehr zurück. Die Einheimischen finden sich jedoch bald zusammen und schon in der 6. Minute schießt der Halbrechte unhaltbar das Führungstor. Wildberg verliert sich sehr im Einzelspiel und kann kaum gefährlich werden. Bis eine Viertelstunde vor Spielschluß kann C. durch den Halblinken und Rechtsaußen noch zweimal erfolgreich sein. Leider mußte nun der gut amtierende Schiedsrichter das Spiel abbrechen. In dem nun folgenden Spiele Calw 2. gegen Nagold 2. gab es eine Ueberraschung, indem die 2. Mannschaft in schönem Spiele ihren Gegner 4:2 schlagen konnte. Dieser Sieg ist um so mehr ein Erfolg, als Nagold 2. sämtliche Spiele der B-Klasse mitgemacht hat und hier eine der besten Mannschaften ist.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	169,40
100 franz. Franken	16,51
100 schweiz. Franken	81,52

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 5 Ochsen, 1 Bulle, 26 Jungbullen, 45 Jungrinder (unv. 35), 18 Kühe, 281 Kälber, 590 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	15. 1. Pfg.	13. 1. Pfg.		15. 1. Pfg.	13. 1. Pfg
Ochsen:			**Kühe:**		
ausgemästet	—	46–50	fleischig	—	22–27
vollfleischig	—	41–44	gering genährte	—	17–21
fleischig	—	—	**Kälber:**		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saugkälber	66–70	67–71
ausgemästet	44–46	44–46	mittl. Mast- und gute Saugkälber	58–64	59–65
vollfleischig	40–43	40–43	geringe Kälber	49–55	51–56
fleischig	—	—	**Schweine:**		
Jungrinder:			über 300 Pfd.	61–62	62–63
ausgemästet	50–54	51–54	240–300 Pfd.	61–62	62–63
vollfleischig	44–48	44–49	200–240 Pfd.	60–62	61–62
fleischig	41–43	41–43	160–200 Pfd.	59–60	60–61
gering genährte	—	—	120–160 Pfd.	58–60	58–60
Kühe:			unter 120 Pfd.		
ausgemästet	—	37–42	Sauen	45–50	46–50
vollfleischig	—	29–34			

Marktverlauf: Großvieh schleppend, Ueberstand; Kälber ruhig; Schweine langsam.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 15. Jan.

Weizen märk. 254—256; Roggen märk. 151—154; Braugerste 199—213; Futtergerste 188—191; Hafer märk. 137—144; Weizenmehl 29,25—36,50; Roggenmehl 23,25—26,25; Weizenkleie 10,25—10,50; Roggenkleie 9—9,50; kl. Speiseerbsen 22 bis 24; Futtererbsen 19—21; Peluschken 20—21; Ackerbohnen 17—18; Wicken 18—21; Seradella 9—9,50; Leinkuchen 15; Trockenschnitzel 5,70—6; Soyaschrot 12,80—12,90; Speisekartoffel 1,10—1,30; rote 1,20—1,40; gelbfl. 1,50—1,80. Allgemeine Tendenz: unsicher.

Börsenbericht.

SCB. **Stuttgart**, 15. Jan. Die Börse hatte ruhiges Geschäft, doch konnten sich die Kurse behaupten.

Schweinepreise.

Buchau a. F.: Milchschweine 20—23 Mark. — Obersontheim: Milchschweine 20—32 Mark. — Tettnang: Ferkel 18 bis 22 Mark. — Tuttlingen: Milchschweine 15—25 Mark. — Waldsee: Milchschweine 18—25 Mark.

Fruchtpreise.

Leutkirch: Gerste 11 Mark. — Tuttlingen: Weizen 13,50 bis 14,50, Gerste 10, Haber 8,30—8,50 Mark pro Zentner.

*

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftltg.

Missionsnot in China

Dr. Eitel von der Liebenzeller Mission gibt einen interessanten Bericht von der Einnahme Changshas durch die roten Truppen Ende Juli. Als es ihm am 5. August möglich war, in die Stadt zurückzugehen, fand er, daß das Hudson-Taylor-Hospital völlig unberührt geblieben war, während manches Missionseigentum gestohlen war. Die Roten waren gebeten worden, das Hospital zu verschonen. Die Einwohner sagten, das sei ein gutes Hospital. Der Arzt habe ihnen immer geholfen, den Armen wie den Reichen. Sie schrieben dann ein Plakat mit all diesen Lobsprüchen und ließen es vom Oberkommandierenden der Roten Armee stempeln. Dr. Eitel wurde im Triumph von den Nachbarn ins Hospital zurückgeleitet. Dagegen haben einen sehr schweren Schlag die chinesischen Christen in der Frage des Religionsunterrichts in der Schule erlitten. 15 Kirchen mit über 250 000 abendmahlsberechtigten Mitgliedern hatten beim chinesischen Unterrichtsministerium Einspruch erhoben gegen die Verordnung, die den Religionsunterricht in allen Elementarschulen und niederen Mittelschulen, auch als Wahlfach, verbietet und religiöse Andachten überhaupt nicht mehr erlaubt. Der Erziehungsminister hat daraufhin schroff ablehnend geantwortet. Religionsunterricht sei nur dann für die Erziehung zuträglich, wenn er die Ideale aller Religionen lehre. Die Festlegung der Schüler auf eine Religion bedeute eine Fesselung der Gedankenfreiheit. Der Hauptzweck der christlichen Schulen sei die Erziehung und nicht der Versuch, Kirchenmitglieder zu werben. „Wir betrachten die Angelegenheit damit als endgültig erledigt u. lehnen eine weitere Erörterung darüber ab." Unverständlich bleiben diese Maßnahmen angesichts der Tatsache, daß eine Reihe der chinesischen Minister Christen sind und neuerdings auch der Präsident Tschangkaischek selbst sich hat taufen lassen und Methodist geworden ist. Für die Missionen und Kirchen ist nun die Frage akut, ob sie ihre Schulen schließen sollen, oder ob man die gegenwärtige Maßnahme der Regierung nur als vorübergehend anzusehen hat.

Kirchliche Nachrichten

Evang. Gottesdienste.

2. Sonntag n. d. Erscheinungsfest, 18. Januar.
Turmlied: 10, Such, wer da will, ein ander Ziel.
9.30 Uhr: Hauptgottesdienst (Hermann). Anfangslied: 376. Wie schön leuchtet der Morgenstern.
10.45 Uhr: Sonntagsschule im Vereinshaus.
11 Uhr: Christenlehre, Söhne 2. Bezirk (Hermann).
4.30 Uhr: Abendgottesdienst in der Kirche. Schlußblasen der Posaunenfreizeit im Monbachtal (lit. Gottesdienst).

Donnerstag, 22. Januar.
8 Uhr: Bibelstunde im Vereinshaus (Hermann). Das erste Buch der Bibel. 1. Mose 1. Die Schöpfung.

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 18. Januar.
8 Uhr Frühmesse mit Homilie.
9.30 Uhr: Predigt, Amt und Christenlehre.
1.30 Uhr: Andacht.
Werktags hl. Messe 7.45 Uhr.
Beichtgelegenheit: Samstag 16—17 Uhr und Sonntags ab 7 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 18. Januar 1930.
Calw: Sonntag 9.30 Uhr vorm. Predigt.
11 Uhr vorm. Sonntagsschule.
5 Uhr abends: Predigt.
Mittwoch 8 Uhr abends: Bibel- und Gebetstunde.
Stammheim: Sonntag 10 Uhr vorm. Predigt.
2 Uhr nachm. Predigt.
Mittwoch 8 Uhr abends: Bibel- und Gebetstunde.
Oberkollbach: Sonntag 10 Uhr vorm. Predigt.
8 Uhr abends Evangelisationsvortrag.
Dienstag, 8 Uhr abends: Bibel- und Gebetstunde.

Stadtgemeinde Weilderstadt

Der auf kommenden **Montag, den 19. Januar** fallende

Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt

wird abgehalten. Personen und Klauenvieh aus Sperr- und Beobachtungsgebieten werden zum Markt nicht zugelassen. Jeder Marktbesucher hat einen Personalausweis mit sich zu führen. Für die dem Markt zuzuführenden Tiere sind Ursprungs-Zeugnisse vorzuweisen.

Bürgermeisteramt: Schüz.

Bad Liebenzell
Wohne jetzt **Hugo Mäulenstraße Nr. 118**
(Haus Decker)
F. Lück, staatl. gepr. **Dentist**

Schöne Gerste
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis- und Quantumsangabe unter M. 2 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Zwischen **Teuchelweg u. Hirsauer-Wiesenweg**
Elfenbeinhalskette
verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten dieselbe geg. Belohnung abzugeben.
Teuchelweg 11 I.

Nähmaschinen
Motor- u. Fahrräder
Radio
Grammophone
Schallplatten
Reparaturen
Chr. Roller
Althengstett.

Brennessel- und Birkenhaarwasser
Otto K. Vinçon, Calw.

Hier bei: W. Winz, Friseur.

Zu jedem Geburtstag Zu jedem Namenstag **ein Glückslos!**
Ziehung 31. Januar
Geld-Lotterie
zu Gunsten des Kirchenbaues Klein-Süßen
2167 Geldgewinne und 1 Pramie Mark
12500
6000
Lose 1 M., 13 Lose 12 M. Porto u. Liste 30 Pfg
J. Schweickert Stuttgart Marktstraße 6 Königstraße 1
Postscheckkonto Stuttgart 2055 · Telephon 24090
Hier in allen Verkaufsstellen

Wer macht einen Anfänger-Kurs im Spanischen mit?
Hermann Sauter, Calw, im Zwinger 29.

Rasiermesser
werden haarscharf abgezogen bei
Friseur Odermat

Amtl. Bekanntmachungen

Bekanntmachung

Alle Arbeitgeber, die nicht mehr als 10 versicherungspflichtige Personen beschäftigen, haben die Quittungskarten der häuslichen u. landwirtschaftlichen Dienstboten, Arbeiter, Gesellen, Lehrlinge, Hausgewerbetreibenden, Monatsfrauen usw. am

Dienstag, den 20. Januar ds. Js., vorm. 8—12 Uhr und nachm. 2—6 Uhr

auf dem Rathaus zur Prüfung vorzulegen und die Lohnbücher oder Lohnlisten mitzubringen.

Zur gleichen Zeit haben auch **alle unständigen Arbeiter und Arbeiterinnen (Taglöhner, Taglöhnerinnen, Aushilfskellner und Aushilfskellnerinnen, Essenträgerinnen, sowie die in Kundenhäusern arbeitenden Wäscherinnen, Näherinnen, Büglerinnen und Putzerinnen)** zu erscheinen, ihre Quittungskarten vorzuzeigen und Auskunft über Ort und Dauer ihrer Beschäftigung zu erteilen.

Auch die freiwillig Versicherten haben ihre Quittungskarten vorzuzeigen.

Nach § 1465 der Reichsversicherungsordnung und den Ueberwachungsvorschriften der Landesversicherungsanstalt Württemberg können Arbeitgeber und Versicherte durch Geldstrafe bis zum Betrage von 1000 Mark zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden.

Jede gewünschte Auskunft wird bereitwilligst erteilt.

Der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Württemberg.
Föhl.

Realprogymnasium und Realschule Calw

Anmeldung und Aufnahme von Grundschülern

I. Schüler der 4. Grundschulklasse, die mit Beginn des Schuljahres 1931/1932 in Kl. I eintreten wollen, sind durch die Erziehungsberechtigten bis 7. Febr., schriftlich oder mündlich, beim Rektorat anzumelden. Dabei ist anzugeben, wann der Schüler geboren ist und ob er Französisch oder Latein lernen soll. Dem Klassenlehrer der Grundschule ist gleichzeitig Mitteilung zu machen.

II. Plan der Prüfung: **Donnerstag, 19. Februar 9 Uhr 30 schriftl. Prüfung** in Diktat, Aufsatz u. Rechnen (nur Federhalter und Fließblatt mitbringen); **nachmittags mündl. Prüfung der auswärtigen Schüler** (Volksschullesebuch mitbringen). Freitag, 20. Febr. nachmittags mündliche Prüfung der Calwer Schüler.

III. Schüler der 3. Grundschulklasse können unter gewissen Bedingungen (vgl. Amtsblatt 1929, S. 191) auf Antrag der Erziehungsberechtigten in Kl. I zur Probe aufgenommen werden. Die schriftlichen Anträge sind **b. 15. Febr.** beim Klassenlehrer der Grundschule einzureichen, der sie an das Rektorat der höheren Schule weitergibt.

IV. Beginn des Unterrichts im neuen Schuljahr: Donnerstag, 23. April morgens 8 Uhr.

Calw, den 15. Januar 1931. **Rektorat.**

Stammheim

Sonntag, den 18. Jan. 1931 findet im **Gasthaus zum „Rößle"** große

Tanz-Unterhaltung

statt. — — Es laden freundlichst ein

Tanz- und Streichkapelle Stammheim
Besitzer Karl Roller

---

95 Pfg. Tage 95 Pfg.

nur 4 Tage, bis Mittwoch, 21. Jan.

1 Pfd. Pk. Malzkaffee
3 R. Zichorie **95 Pfg.**
2 Pfd. Eier-Gemüse-Nudeln **95 Pfg.**
2 Pfd. Eier-Makkaroni **95 Pfg.**
3 Pfd. Gries **95 Pfg.**
2 Pfd. Würfelzucker
1 Pfd. Kristallzucker **95 Pfg.**
1 Pfd. Kakao
1 Pfd. Zucker **95 Pfg.**
2 Pfd. Margarine **95 Pfg.**
6 Doppelstücke Kernseife **95 Pfg.**
8 Stck. Toiletteseife **95 Pfg.**
5 Pfd. grüne Erbsen **95 Pfg.**

½ Pfd. Kaffee-Korn-Misch.
2 Rollen Zichorie **95 Pfg.**
3 Pfd. Pflaumen **95 Pfg.**
6 Pk. Vanille-Zucker
3 Pk. Backpulver
3 Pk. Zwieback **95 Pfg**
6 Sch. Streichkäse **95 Pfg.**
2 Pfd. Mischobst **95 Pfg.**
½ Pfd. Pfeffernüsse
½ Pfd. Bruchschokolade **95 Pfg.**
1 Pfd. Tfl. Blockschokolade **95 Pfg.**
4 R. Butterbrotpapier à 100 Blatt **95 Pfg**

Thams & Garfs
Niederlage Calw Ledersir. 3

An die werktätige Bevölkerung von Calw.
Wir veranstalten am Samstag, 17. Januar 1931 eine

große Gedenkfeier

für die großen Führer Lenin-Liebknecht-Luxemburg

die dem schaffenden Volke der ganzen Welt den Weg aus der Katastrophe des kapitalistischen Zusammenbruchs zum siegreichen Sozialismus gezeigt und geführt haben.

Um ½7 Uhr Fackelzug durch die Stadt.
Um 8 Uhr im Badischen Hof

große Kundgebung.

Es wirken mit die **Schalmeien-Kapelle** der **Arbeiter-Radfahrer Zuffenhausen**, die **Spieltruppe „Rote Leuchtkugel"** aus **Stuttgart.**

Die **Ansprache** hält der

Reichstagsabgeordnete Josef Schlaffer

Kommt in Massen zu dieser wichtigen Kundgebung.

Alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, Kleingewerbetreibende und die Hausfrauen sind freundlichst eingeladen. **Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose 15 Pfg.**

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Calw

Badischer Hof Calw

Sonntag Abend 8—12 Uhr
großer

Tanzabend

Verein für Homöopathie und Naturheilkunde in Calw

General-Versammlung

Am **Sonntag, den 18. Januar 1931, nachmittags 3 Uhr** bei **Bäckermeister Kirchherr, Vorstadt.**

Tagesordnung:
Rechenschaftsbericht
Kassenbericht
Verschiedenes

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet:

Der Ausschuß.

Heute Volksbühne

Von jetzt ab

20% auf Damen- und Kinderkleidung

Eine Gelegenheit für **Sie**

ein **schönes Kleid**
einen **guten Mantel**

besonders **billig** zu kaufen

Friedrich DAUR

Kinder- und Damenkonfektion
Calw / gegenüber dem Rathaus

Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz Calw

Am **Sonntag, den 18. Januar** nachmittags 3 Uhr findet die

General-Versammlung

mit **Gabenverlosung** bei Mitglied **Carl Scheuerle** statt. Hiezu werden die werten Mitglieder mit Angehörigen freundlichst eingeladen.

Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Verschiedenes. Der Ausschuß.

Inventur-Ausverkauf beginnt am 17. Januar

Auf alle ohnedies herabgesetzten Preise 10 und 20 Proz. Rabatt

Herren-, Knabenbekleidung

Friedr. Wetzel
Calw, Badstraße 15

Wir wollen räumen

und verkaufen daher während des

Inventur-Ausverkaufs

unser gesamtes Warenlager in

Damen- u. Mädchenkonfektion

zu spottbilligen Preisen!

Mäntel und Kleider

in den bekannt guten Qualitäten sind im Preise teilweise bis

unter die Hälfte des Wertes

herabgesetzt.

Krüger & Wolff
PFORZHEIM

Größtes Spezialhaus für Damenkonfektion

Trikotreste

in vielen Farben zum Flicken, sowie am Stück **empfiehlt S. Binder, Zwinger 41.**

Am **Samstag** sind beim Marktbrunnen

Gelbe Rüben

zu haben.

Alldeutscher Verband
Ortsgruppe Calw

Marxismus-Hitler-Hugenberg

Vortrag von Graf Brockdorf-Berlin

Montag, 19. Januar 1931, abends 8 Uhr
im Weiß'schen Saal

Jedermann ist herzlich eingeladen. — **Eintritt frei!**

In unserem

Inventur-Ausverkauf

haben wir die

Preise so radikal herabgesetzt,

daß der

tiefste Preisstand,

den es seit Jahren gegeben hat, erreicht ist.

Viele unserer Artikel haben wir im Preise bis zu

50 Prozent ermäßigt!

Einige Beispiele unseres Preisabbaues:

Kindermäntel bis zu 4 Jahren ℳ 5.— 4.50 4.— 3.50 3.—
Kindermäntel in den Größen 75, 80, 85, 90 ℳ 15.50 13.50 11.50 9.50
Damenmäntel in allen Stoffarten ℳ 14.50 11.50 9.50 7.50
Damenmäntel ganz gefüttert ℳ 42.— 37.50 32.50 29.50 25.50 23.50 19.50
Kinderkleider in Waschsamt und Tweed ℳ 4.50 3.50 2.50
Damenkleider in allen modernen Stoffen ℳ 28.50 21.50 17.50 13.50 9.50 7.50 5.50
Tanzkleider bis zur Hälfte reduziert von ℳ 7.50 an
Herrenmäntel ℳ 65.— 55.— 45. —35.— 25.— 15.—
1 Posten reinwollene Kammgarnanzüge modernste Muster, beste Verarbeitung, Ersatz für Maß ℳ 58.—
1 Posten Herrenanzüge statt ℳ 75.— nur ℳ 45.—
Herrenhosen von ℳ 3.50
Tweed für Kleider und Blusen Meter ℳ —.95
1 Posten Kleiderzwirn für Hauskleider Meter ℳ —.95
Popeline in allen Farben ℳ 3.25 2.75 2.25 1.95 1.75
Cheviot reine Wolle in vielen Farben Meter ℳ —.95
Crêpe Marocain 100 cm breit, beste Qualität in allen modernen Farben ℳ 5.75 4.75
Bettdamaste in gestreift und geblumt ℳ 2.90 2.50 2.25 1.95 1.75 1.45 1.10
Schürzenstoffe ca. 120 cm breit ℳ 1.30 1.15 —.95 —.80
1 Posten Bett- und Tischwäsche, sowie Damen-, Kinder- und Herrenwäsche, etwas angestaubt,

zur Hälfte des regulären Preises

Den angeführten Beispielen im Verhältnis entsprechend sind fast alle unsere übrigen Artikel im Preise zurückgesetzt

Geschw. Kleemann, Calw

Biergasse 2 **Marktplatz 24**